

Rede von Uwe Schwarz
zu den TOPs 37 und 38
in der Plenarsitzung am 20. Juni 2013

Kein sozialpolitisches Thema hat das Parlament seit 2003 häufiger beschäftigt als die Situation in den Pflegeberufen, vor allem in der Altenpflege.

In der Regel übrigens aufgrund von parlamentarischen Initiativen von SPD und Grünen.

Die Erblasten, die CDU und FDP der neuen Regierung auch in der Sozialpolitik hinterlassen haben, sind gewaltig. Ich nenne nur die Themen

- Behindertenhilfe und Inklusion,(Null)
- Die fehlende Krankenhausplanung
- die ärztlichen Versorgung im ländlichen Bereich,
- die ausschließlich ideologisch geprägte Privatisierung der Landeskrankenhäuser ohne jede Psychiatrieplanung.

Am dramatischsten allerdings ist die Situation in der Pflege, insbesondere in der Altenpflege. Hier tickt die sozial- und gesellschaftspolitische Zeitbombe immer schneller.

Insbesondere der Pflegebereich war für die CDU/FDP-Regierung 10 Jahre lang der Steinbruch für Haushaltskürzungen und Haushaltssanierungen:

Mit ihrer neuen Rolle als Oppositionsfraktionen scheint ja das Erinnerungsvermögen stark zu sinken, daher nur zur Erinnerung:

- 2004 hat Sozialministerin v. d. Leyen die Landesmittel im stationären Bereich vollständig gestrichen,

- 2009 hat Ministerin Ross-Luttmann 20 Prozent in der ambulanten Pflege gestrichen, um es hinterher gönnerhaft als Pflegepaket zu verkaufen,
- und 2011 kürzte Ministerin Özkan 6 Mio. Euro in der Kurzzeitpflege.

Frau Özkan stellte damit nicht nur den Grundsatz „ambulant vor stationär“ auf den Kopf, sondern bestrafte gleichzeitig die größte Gruppe der Pflegekräfte in unserem Land, nämlich die Angehörigen, die ehrenamtlich häufig bis zum eigenen körperlichen Zusammenbruch zu Hause pflegen.

Das sind Hunderttausende Betroffene in unserem Land. (2/3 aller Pflegebedürftigen werden zu Hause gepflegt).

Sie müssen seitdem für eine vierwöchige Erholungsphase 450,- Euro mehr bezahlen. Damit erhöhte sich der Eigenanteil von ca. 800,- auf 1250,- Euro allein in der Pflegestufe I – über die Pflegestufen II und III wollen wir gar nicht reden. Viele von Ihnen können das finanziell nicht.

Ein für mich immer noch ungeheurer Vorgang, gerade durch eine christliche Partei!

Die bei Regierungsübernahme vorgefundene Ausgangslage in der Pflege ist jedenfalls besorgniserregend bis katastrophal:

- Niedersachsen ist Schlusslicht bei den Pflegesätzen in der Altenpflege (fast 20 Prozent unter dem Bundesschnitt);
- Diejenigen, die ausbilden und Tariflöhne zahlen, haben erhebliche Wettbewerbsnachteile;
- Lange Zeit wurde tarifliche Bezahlung in Niedersachsen bei den Pflegesätzen noch nicht einmal anerkannt.

- Die Einführung von Mindestlöhnen in der Pflege haben CDU/FDP konsequent verhindert.
- Diejenigen, die Dumpinglöhne zahlen und sich der Nachwuchsförderung entziehen, werden mit Gewinnmaximierung belohnt.

Das ist ein unverantwortlicher, gesellschaftspolitischer Skandal.

Gleichzeitig sank übrigens die Wertschätzung für Pflegeberufe während die Zahl der Pflegebedürftigen in Niedersachsen rasant ansteigt:

- 2003 = 220.000
- 2010 = 260.000
- 2020 = 306.000
- 2030 = über 350.000

Die Zahl der Fachkräfte hat mit dieser Entwicklung nicht annähernd Schritt gehalten.

Die CDU wird uns gleich wieder erklären, wie hoch die Anzahl der Auszubildenden in den vergangenen Jahren gestiegen ist.

Das ist gut, aber es reicht hinten und vorne nicht und auch das ist seit Jahren bekannt.

Schon heute fehlen in Niedersachsen mehr als 3.000 Pflegefachkräfte und 2020 werden es bereits 30.000 Kräfte sein.

Die sogenannte „Engpassanalyse 2013“ des Instituts der Deutschen Wirtschaft hat am 5. Juni 2013 festgestellt, dass der Altenpflegeberuf die zehn Berufe mit dem höchsten Fachkräftemangel anführt.

Wir sind also bereits mitten drin im Pflegenotstand.

CDU und FDP haben das fünf Jahre wider besseres Wissen bestritten und mit der Auslobung von Preisen und sogenannten bunten Pflegepaketen zu Weihnachten (Frau Ross-Luttmann) auch noch beschönigt.

Nun haben wir das Dilemma.

Das Ausmaß des Problems wird spätestens sichtbar bei Betroffenheit im eigenen Familien- und Bekanntenkreis (zwischenzeitlich fast in jeder Familie).

Unsere Generation allerdings wird es persönlich brutal erfahren, wenn nicht jetzt entschieden gegengesteuert wird.

Es ist gut,

- dass Frau Ministerin Rundt den Landespflegeausschuss sofort gebeten hat, sich mit den Vorgaben der Koalitionsvereinbarung zu befassen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten.
- Zusätzlich eine Fachkommission Pflege einberufen hat, um vor allem die Schnittstellenprobleme zwischen der Kranken- und der Pflegeversicherung zu minimieren (geht immer zu Lasten der Pflegebedürftigen)
- dass der für die ambulanten Pflegedienste ruinöse Konflikt zwischen Leistungserbringern und Kostenträgern durch die Ministerin und den Staatssekretär auf einen guten Weg gebracht werden konnte,
- und dass die Fach- und Rechtsaufsicht endlich ernst genommen wird.

Diese Schritte waren seit Jahren überfällig.

Weitere wichtige Inhalte aus unserer Koalitionsvereinbarung liegen heute zu diesem Themenkomplex bereits dem Landtag vor.

Gesetzliche Absicherung der Schulgeldfreiheit

In Niedersachsen gibt es historisch gewachsen öffentliche und private Altenpflegeschulen. Letztere besuchen ca. zwei Drittel aller Schülerinnen und Schüler, die auch noch bis zu 250 Euro Schulgeld im Monat dafür zahlen müssen.

Das ist seit Jahren eines der größten Hemmnisse bei der Gewinnung von jungen Leuten. Alle Anträge der Opposition zur gesetzlichen Absicherung der Schulgeldfreiheit sind in Niedersachsen in der Vergangenheit von CDU und FDP abgelehnt worden, die Notwendigkeit wurde sogar bestritten.

Dann allerdings wurde ein Zuschuss eingeführt und je näher der Landtagswahltermin rückte, desto schneller wurde der Zuschuss erhöht. Zuletzt auf 200,- Euro.

Das haben wir ausdrücklich begrüßt, allerdings wurde der Sinneswandel schnell durchschaubar als sie noch im November vergangenen Jahres eine gesetzliche Regelung von uns dazu abgelehnt haben.

Der Grund wurde schnell klar:

Sie wollten über die Landtagswahl kommen, weil Sie die drei Wohltaten: Schulgeldfreiheit, Förderung von Ausbildungsplätzen und das dritte Umschulungsjahr nicht finanziert hatten. Schon im März diesen Jahres fehlten 2,3 Mio. Euro in diesem Topf.

Ein unverantwortlicher Umgang nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern vor allen Dingen im Hinblick auf die Wertschätzung der Altenpflegeberufe.

Wer den Altenpflegeberuf wirklich stärken will, der darf das **nicht nach Gutsherrenart** tun, sondern muss den Schulen, aber vor allem den Schülerinnen und Schülern, Planungssicherheit geben.

Genau dieses überfällige Signal bringen wir heute mit unserem Beschluss auf dem Weg.

Wiedereinführung der Umlagefinanzierung

Gleiches gilt für den Antrag der Koalitionsfraktionen, die Altenpflegeausbildung über eine Umlage zu finanzieren.

Es kommt doch nicht von ungefähr, dass u. a. die Bundesländer Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland eine Umlage eingeführt haben. Sie ist ein entscheidendes Instrument für eine faire Lastenverteilung aller Pflegeeinrichtungen.

Es kann nicht sein, dass die einen für den Berufsnachwuchs sorgen und dabei Pleite gehen und die anderen sich einen schlanken Fuß machen und dadurch den Profit abschöpfen.

So werden wir erstens dem Problem nicht gerecht und beschleunigen zweitens die Flucht aus den Tarifverträgen. Beides wollen und werden wir schnellst möglich beenden!

Als Finanzgrundlage und zur Anfinanzierung kann übrigens das Stiftungskapital von immerhin 10 Mio. Euro der vor einem Jahr eingerichteten Altenpflegestiftung genommen werden.

Schon bei der Gesetzesverabschiedung war klar,

- dass angesichts der Zinsertragslage die Stiftung gar keine Ausschüttung vornehmen können wird
- und dass das Geld von Pflegebedürftigen zur Finanzierung der Ausbildung eingezahlt worden ist und für sonst gar nichts.

Die von der alten Landesregierung vorgesehene Verwendung war nur deshalb so geräuschlos gegen die Stimmen von SPD und Grünen möglich, weil die damaligen Einzahler vermutlich alle nicht mehr leben.

Wir wollen das Geld nun wieder seinem ursprünglichen Zweck zuführen, nämlich der Förderung der Altenpflegeausbildung.

Wir haben in den vergangenen Jahren beim Kampf gegen den Pflegenotstand unnötig viel Zeit verloren. Der Weg ist ohnehin lang und steinig.

Es liegt an CDU und FDP uns positiv zu begleiten. SPD und Grüne werden die Themen jedenfalls zügig anpacken und umsetzen.